

# Krakauer Zeitung.

Nr. 250.

Montag den 2. November

1863.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierjähriger Abonnements-  
kreis: für Krakau 3 fl., mit Verbindung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Krt., einzelne Nummern 9 Krt.  
Redaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierseitigen Seite für die erste Einrichtung 7 Krt.  
für jede weitere Einrichtung 3 Krt. Stempelgebühr für jede Einrichtung 30 Krt. — Inferat-Bestellungen und Gelder  
übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Nr. 10648.

Der vom Wahlkörper des großen Grundbesitzes im Tarnower Kreise gewählte Landtagsabgeordnete Dr. Joseph Piasecki, hat sein Mandat niedergelegt.

In Folge dessen wird eine neue Wahl eines Landtagsabgeordneten in diesem Wahlbezirke ausgeschrieben, welche in Tarnów am 4. December 1. S. stattfinden wird.

Die Wählerliste für diesen Wahlkörper wird mittels des Amtsblattes gleichzeitig kundgemacht.

Bom f. f. Statthalterei-Praedium.

Lemberg, am 24. October 1863.

Nr. 25.921.

Freiherr v. Rothschild in Paris hat für die Wiener Abbränder 2000 Francs gespendet, welche Spende mit dem Ausdrucke der gebührenden Anerkennung der Hochherzigkeit des Gebers und des Dankes zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

Bom der f. f. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 27. October 1863.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 20. October d. J. zum Finanzbeauftragten in Lemberg mit dem Titel und Charakter eines Oberfinanzrathes den Finanzbeauftragten in Stanislaus Oberfinanzrat Paul Morawetz allgemein genehmigt zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 23. October d. J. dem Protocolsbeauftragten in der Abteilung des Staatsministeriums für Cultus und Unterricht Georg Schatz bei dessen Übertretung in den bleibenden Ruhestand in Allerhöchster Würdigung seiner vielseitigen und erprobten Dienstleistung darfrei den Titel eines kaiserlichen Rethes allgemein genehmigt zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 28. September d. J. den Handelsmann J. H. Gessler zum unbefohlenen f. f. Vicecount in Boston mit dem Rechte zum Bezuge der tarifmäßigen Consulargebühren allgemein genehmigt zu ernennen geruht.

Zu Gemässheit des Allerhöchsten Patentes vom 23. December 1859, § 6, wurde von den öperc. auf österreichische Währung lautenden Staatschuldverschreibungen die für das Verwaltungsjahr 1863 mit 483.500 fl. entfallende halbjährige Note eingelöst.

Die Staatschuldverschreibungen werden an den Creditbüchern gelöscht und sodann zur Tilgung abgegeben.

Mit Hinzurechnung der lant Kundmachung in der „Wiener Zeitung“ vom 20. Januar d. J. bis dahin eingelösten 1.007.000 fl. sind daher nunmehr an öperc. in österreichischer Währung verzinste Obligationen aus dem Umlauf gebracht zusammen 1.490.500 fl.

Wien, den 29. October 1863.

Bom f. f. Finanzministerium.

## Krakau, 2. November.

Der „Botschafter“ schreibt über den Stand der polnischen Frage: Wie wir vernehmen, dürste Österreich kaum eine Note an Russland senden und man wird auch in dem gegenwärtigen Momente schwerlich mit einem Rechte behaupten können, daß die Verhandlung wegen einer gemeinsamen Note an Russland fortduern. Es liegt kein Entwurf und keine Anregung hiezu vor. Die gemeinsame Action der drei Mächte ruht. Frankreich insbesondere denkt ebenfalls an keinen weiteren Krieger.

Die Pariser „Presse“ resümirt die Lage in folgendem: Österreich und England möchten einen Schritt in Petersburg thun, aber einen solchen, welcher systematisch den Krieg ausschließt, sowohl als Sanction,

wie als Consequenz Frankreich dagegen pflichtet dem Schritte bei, aber es verlangt, daß man den Krieg unter die möglichen Eventualitäten setze.

Der „A. A. Blg.“ wird von ihrem offiziösen Berliner Correspondenten geschrieben; Die polnische Frage scheint einer friedlichen Lösung entgegenzugehen. Wenigstens hat die englische Regierung, nach den aus London hier eingetroffenen Nachrichten, durchaus nicht die Absicht zu Gunsten des polnischen Aufstandes zu interessen. Dem Petersburger Cabinet ist nämlich

vom Grafen Russell vertraulich bemerket worden, daß

die englische Seite die Lösung der in der polnischen Angelegenheit bestehenden Differenz zu erstreben. Diese

Zwecke soll auch die englische Depeche, deren

Überreichung heut in Petersburg, wie ich höre, erwartet wird, entsprechen. Die Sprache derselben soll

ia rücksichtsvoller und ruhig gehaltener Form sich be-  
wegen, und in dem Schriftstück darauf hingewiesen

sein, daß Russland Polen auf Grund von Bestim-  
mungen der Wiener Verträge besiegt, in welchen die-

sem Land bestimmte Freiheiten zugesichert sind. Un-  
begründet ist die Nachricht, daß Lord Palmerston sich

gegen die Absendung einer englischen Depeche erklärt

habe, in welcher Graf Russell die in seiner bekannten

Durchreden ausgesprochene Ansicht von dem Verlust des

russischen Besitzes über Polen zu entwickeln beabsichtige. Das Sachverhältnis ist vielmehr ein umgekehrtes.

Lord Palmerston soll seinem Collegen die Abfassung einer derartigen Depeche dringend angeraten haben und die Überreichung derselben in Peters-

burg ist nur in Folge einer eingetretenen Vermittlung unterblieben. Wie ich höre, wollen die Cabinets von

Paris und Wien sich in einer ähnlichen, ruhigen und

friedlichen Weise, welche die englische Depeche charakte-  
risiert, in Petersburg äußern. Aus Russland melden

zurzeit sichere Nachrichten, daß die Rüstungen eifrig

fortgesetzt und auch die Festungen armirt werden,

um jeder Invasion in geeigneter Weise entgegentre-  
ten zu können.

Aus der von uns schon erwähnten Depeche des Ministers Drouyn de Lhuys (vom 21. Juni) an das

Wiener Cabinet geht bekanntlich hervor, daß Frankreich sich bereit erklärt hatte, Österreich die erforderlichen Garantien der Sicherheit für den Fall eines

Krieges zu bieten. Wie der Pariser = Corr. der

„N. Pr. Blg.“ angibt, scheiterten die Unterhandlungen

vorzugsweise an der Forderung Österreichs, daß

man vor allen Dingen auf die Stipulationen des

Zürcher Vertrages zurückkomme, wenn auch mit Mo-

dificationen in Betreff der früheren italienischen Dyna-

stien. Die Hauptfrage für dasselbe war der italienische Föderativstaat. Ohne Zweifel hatte es vorherge-  
sehen, daß der Kaiser Napoleon nicht im Stande sein

würde, sich hierauf einzulassen, eben so wenig als er

späterhin dem „Könige von Italien“ Rom bewilligen

mochte, welches derselbe als Preis für seine Verhelli-  
gung an der Eglise einiger Staaten zweiten Ranges

unter dem Protectorate Frankreichs verlangt hatte.

Der Correspondent glaubt überdies zu wissen, daß

der Ausfall der Pariser Wahlen von einem außeror-

dentlichen Einflusse auf die Entscheidungen des Wiener

Hofes gewesen ist. Nicht als ob man in diesen

oppositionellen Manifestationen unmittelbare Gefahren

für die französische Regierung erblickt hätte; aber die

Frage möchte sich den österreichischen Staatsmännern

aufgedrängt haben: ob es weise sein würde, sich in

einen großen Krieg gemeinschaftlich mit Napoleon III.

zu stürzen, dessen Dynastie so wenig Rückhalt an der

Pariser Bevölkerung zu haben scheint, und bei dessen

etwaigem plötzlichen Verchwinden das Bestehende in

Frankreich in Frage gestellt werden könnte. Vielleicht

scheint derselbe, waren die Besorgnisse übertrieben;

aber sie sind an verschiedenen Orten geltend gemacht

worden.

In einer der früheren Phasen der Unterhandlungen

entschied die Absicht vorliege, nur in

frödlicher Weise die Lösung der in der polnischen

Tuilerien-Cabinet sich lebhaft bemüht haben, das

Münchener Cabinet zu bewegen, die „Vorstellungen“

der anderen Mächte in Petersburg zu unterstützen.

Die entschiedene Begeisterung Baierns sei in Paris

sehr über vermehrt worden.

Das Gerücht, der Kaiser Louis Napoleon werde

den Duc de Morny nach Petersburg schicken, um eine

direkte Verständigung mit dem russischen Cabinet an-

zubahnen, wird von dem Pariser = Correspondenten

der „N. P. Z.“ als eine abgeschmackte Erfindung be-

zeichnet. Ebenso ist die „France“ in der Lage, die

von englischen Blättern gebrachte Nachricht von einer

Reise des Marschalls Niel nach St. Petersburg zu

dementiren.

Nach Angabe der „Indep. belge“ wird die fran-

zösische Thronrede die Beziehung zwischen Wien,

London und Paris in der polnischen Frage gar nicht

berühren und über Polen überhaupt sehr kurz weg-

gehen. Und zwar soll dies aus Rücksicht für

Österreich geschehen, obwohl von allen Seiten ver-

hüttet und von der „Ind.“ selbst zugegeben wird, daß

man in den Tuilerien nicht ganz gut auf Österreich

zu sprechen sei.

In Italien, schreibt man der „N. P. Z.“ aus

Paris, scheint es nicht recht geheimer zu sein. Die

Partei der Action röhrt sich wieder; aus allen Brie-

fen aus Rom geht hervor, daß man im Vatican

versucht zu haben glaubt, eine Änderung der franzö-

sischen Politik zu befördern, und das Turiner Cabinet

bringt große, seine finanziellen Kräfte überschreitende

Geldopfer zur Vermehrung seiner Marine.

Herr Odo Russell, von dessen Versehung nach

Turin viel die Rede gewesen war, begibt sich Anfangs

kommenden Monats auf seinen alten Posten nach

Rom zurück. Im Turiner Gesandtschafts-Personale

dürfte, wie aus London gemeldet wird, vorerst kein

weiterer Wechsel eintreten.

Wiederholt wird von London aus das Gerücht

verbreitet, daß die Befreiung des Kaiserthrons von

Mexico durch den Erzherzog Ferdinand Max rück-

gängig geworden sei. Vor einigen Tagen sagte man,

die Verständigung zwischen Frankreich und Österreich

wegen der polnischen Angelegenheit habe das Tuile-

riencabinet bewogen, auch die Sache des Erzherzogs

fallen zu lassen. Heute begegnen wir in der „Inde-

pance“ einem Londoner Brief, welcher die An-

nahme der Kaiserkrone von Seiten des Erzherzogs

bezweifelt, und zwar wegen der Hindernisse, welches

dieses Project in Österreich sände. Die französische

Regierung habe sich daher entschlossen, einen spani-

schischen Prinzen nach Mexico zu verführen, und diesem

Zweck gelse die Anwesenheit der Kaiserin von Frank-

reich in Madrid. Diesen Entschlüsse des Sachver-

haltes gegenüber glaubt das „Fremdenblatt“ ver-

hindern zu können, daß der Stand der Unterhandlungen

über diese Angelegenheit ein günstiger ist. Der Kai-

ser von Frankreich hat seinen Standpunkt weder ver-

lassen noch geändert. Nebenhaupt können alle Andeu-

tungen über den Fortgang der noch schwedenden, sehr

delicateen Unterhandlungen nur erfunden sein, sobald

die Resultate melden wollen, da die Erreichung

mung der Entwicklungsfreiheit der Nicht-Bundesländer gehen, verbietet dem König von Dänemark die Geistigkeit wagt? und ist es nicht charakteristisch, daß Pflicht gegen die dänischen Unterthanen, so wie dessen Nationalregierung selbst, um der Weiterverbreitung als unabhängiger europäischer Monarch eine gleiche Nachgiebigkeit. Jede derartige Forderung sei muß, daß der Mord ohne ihr Wissen verübt wurde internationaler Natur; sie wäre wider das Bundesrecht und zweckverschwendend. Wenn der letzte Bundeschluss die Zurücknahme des Patentes vom 30. März verlange, womit die dänische Regierung gerade den berechtigten Forderungen des Bundes genügen wollte, so können wenigstens nicht dessen Grundbestimmungen gemeint sein; bezüglich anderer Bestimmungen sei die dänische Regierung zu Unterhandlungen wegen Aenderung des Jonach von ihr als provisorisch betrachteten Patentes bereit, wodurch alles leichter und vollständiger zu erhalten sei, was der Bund durch eine Erexution erreichen kann, während dasjenige, was der Bund erreichen will, keinesfalls mittelst der Erexution in den deutschen Herzogthümern zu erreichen sei.

Die „Europe“ veröffentlicht sodann den Text einer Note des Grafen Russell an den britischen Gesandten Malest vom 21. October, deren Vorschlag dahin geht alles auf Finanz- und Gesetzgebungsachen der deutschen Herzogthümer Bezugliche nach dem Bundesrecht zu behandeln, alles aus internationale Fragen folgenden ebewollen Nachruf:

Leopold Karl Ritter v. Kuczyński war am 1. November 1822 zu Szczecin, im Lemberger Kreise Galiziens, geboren, legte die juridisch-politischen Studien theils an der Lemberger, theils an der Wiener Hochschule zurück und wurde im Jahre 1845 von dem früheren Hofkriegsrath zum Auditoriatspracticant ernannt. Als solcher stand er bei dem galizischen Generalcommando in Dienstleistung und wurde von letzterem nach den bekannten Vorgängen des Jahres 1846 der in Wadowice fungirenden Militär-Hochvorrath-Untersuchungs-Commission als Actuar und Dolmetsch zugewiesen. Im Jahre 1849 wurde er zum Oberlieutenantauditor bei dem italienischen Armeegeneral-Commando befördert und dem Regiment Erzherzog Ludwig zur Dienstleistung zugewiesen, erhielt im folgenden Jahre wegen vorzüglicher Verwendung den Hauptmannscharakter und wurde in das genannte Regiment als Regimentsauditor definitiv eingeholt. Bei dem f. f. 4. Armeecorps in Herzogthum Holstein und in Hamburg leitete er das dort bestandene Kriegsgericht. Von März 1852 bis in den September 1854 war er dem Militärgouvernement zu Wien zur Dienstleistung zugewiesen und im letztgenannten Jahre wurde er zum Landesgerichtsrath in Preßburg ernannt, im Jahre 1861 aber nach Lemberg überfegt.

Nie ermüdender Berufeise, unerschütterliche loyale Pflichttreue und exprobter Gerechtigkeitsinn waren die Eigenschaften, die er in seinem amtlichen Wirken nie verlängerte und welche ihn eben so sehr wie sein scharfes Eindringen Geheimnisse der Nationalregierung zu erfahren, und daß sie selbst ihre weibliche Ehre geopfert, um in den Besitz derselben zu gelangen; nichtsdestoweniger wird aber die „Prese“ wenig Glauben finden und wohl hätte sie daran gehan, den Kampf um die Palmenen eclatanten Fall, daß eine junge reiche russische Fürstin mit einem simplen Amtsschreiber ein Liebesverhältnis unterhalten habe, um von diesem wichtigen Geheimnisse der Nationalregierung zu erfahren, und daß sie selbst ihre weibliche Ehre geopfert, um in den Besitz derselben zu gelangen; nichtsdestoweniger wird aber die „Prese“ wenig Glauben finden und wohl

sprachkenntnisse — das Deutsche und das Polnische waren ihm Muttersprachen und außerdem sprach er mit Fertigkeit böhmisch, slowakisch, ruthenisch, französisch und italienisch — unterstützten ihn dabei nicht wenig. Von Seite seiner Vorgesetzten erfreute er sich wiederholter Belobungen und seiner „eifreien und entsprechenden Dienstleistung“ entging auch der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit nicht. Sein durchaus reiner und ehrenwerther Charakter erworb sich allgemeine Anerkennung, und die verruchte Hand, die ihm den Mordstahl in's Herz drückte, hat abgesehen von dem furchtbaren Verluste für seine Angehörigen, dem Staate einen ausgezeichneten Diener, Vielen einen werten Freund entriß.

Der Lemberger Correspondent der „Prese“ schreibt über Kuczyński's Ermordung: „Soeben (7 1/4 Uhr Abends) wurde der Landesgerichtsrath Kuczyński auf dem sogenannten alten Theaterplatz meuchlings ermordet. Derselbe arbeitete in Straßsachen, in letzter Zeit zumeist in politischen Prozessen. Über die Details des Mordes erfahre ich folgendes: Herr K. hatte bis in den späten Abend Gerichtsgutachten auswürflings büßen zu lassen; die „Prese“ hatte demnach ihren Zweck erreicht, ohne eine so schwere Anklage gegen die russische Regierung zu schleudern. Wir fühlen uns durchaus nicht berufen, den Anwalt dieser Regierung zu machen, wir können es nur nicht ruhig mit ansehen, daß ein sonst in der Publicistik guten Ruf genießendes Blatt sich nicht entblödet, solche ungemein niedrige Verdächtigungen auszustreuen. Niemand, wir wiederholen es, wird die polnische Nation für mitschuldig an diesem Verbrechen halten, aber wir können nur auf das tiefste bedauern, daß es soweit gekommen und daß ein solcher Gedanke überhaupt gefaßt und gegeht werden kann. Zu welchen Schlusfolgerungen fragen wir, berechtigt nicht der Umstand, daß die Leiter der Bewegung den organisierten politischen Mord als Regierungssystem aufstellen, als Mittel zur Erreichung ihres Zweckes förmlich sanctionieren und sich mit einer Schaar von Leuten umgeben, deren Beruf ausgesprochenemassen die Vollziehung der von der Centralregierung ausgeprägten Todesurtheile ist? muß nicht ein solches Vorgehen das Rechtbewußtsein, das sittliche Gefühl der Nation untergraben? ist es wohl undenkbar, daß der Einzelne darauf hin, ohne Auftrag, Aehnliches zur

polnische Volk für die That eines einzigen unwürdigen Auswürflings büßen zu lassen? die „Prese“ hätte demnach ihren Zweck erreicht, ohne eine so schwere Anklage gegen die russische Regierung zu schleudern. Wir fühlen uns durchaus nicht berufen, den Anwalt dieser Regierung zu machen, wir können es nur nicht ruhig mit ansehen, daß ein sonst in der Publicistik guten Ruf genießendes Blatt sich nicht entblödet, solche ungemein niedrige Verdächtigungen auszustreuen. Niemand, wir wiederholen es, wird die polnische Nation für mitschuldig an diesem Verbrechen halten, aber wir können nur auf das tiefste bedauern, daß es soweit gekommen und daß ein solcher Gedanke überhaupt gefaßt und gegeht werden kann. Zu welchen Schlusfolgerungen fragen wir, berechtigt nicht der Umstand, daß die Leiter der Bewegung den organisierten politischen Mord als Regierungssystem aufstellen, als Mittel zur Erreichung ihres Zweckes förmlich sanctionieren und sich mit einer Schaar von Leuten umgeben, deren Beruf ausgesprochenemassen die Vollziehung der von der Centralregierung ausgeprägten Todesurtheile ist? muß nicht ein solches Vorgehen das Rechtbewußtsein, das sittliche Gefühl der Nation untergraben? ist es wohl undenkbar, daß der Einzelne darauf hin, ohne Auftrag, Aehnliches zur

polnische Volk für die That eines einzigen unwürdigen Auswürflings büßen zu lassen? die „Prese“ hätte demnach ihren Zweck erreicht, ohne eine so schwere Anklage gegen die russische Regierung zu schleudern. Wir fühlen uns durchaus nicht berufen, den Anwalt dieser Regierung zu machen, wir können es nur nicht ruhig mit ansehen, daß ein sonst in der Publicistik guten Ruf genießendes Blatt sich nicht entblödet, solche ungemein niedrige Verdächtigungen auszustreuen. Niemand, wir wiederholen es, wird die polnische Nation für mitschuldig an diesem Verbrechen halten, aber wir können nur auf das tiefste bedauern, daß es soweit gekommen und daß ein solcher Gedanke überhaupt gefaßt und gegeht werden kann. Zu welchen Schlusfolgerungen fragen wir, berechtigt nicht der Umstand, daß die Leiter der Bewegung den organisierten politischen Mord als Regierungssystem aufstellen, als Mittel zur Erreichung ihres Zweckes förmlich sanctionieren und sich mit einer Schaar von Leuten umgeben, deren Beruf ausgesprochenemassen die Vollziehung der von der Centralregierung ausgeprägten Todesurtheile ist? muß nicht ein solches Vorgehen das Rechtbewußtsein, das sittliche Gefühl der Nation untergraben? ist es wohl undenkbar, daß der Einzelne darauf hin, ohne Auftrag, Aehnliches zur

polnische Volk für die That eines einzigen unwürdigen Auswürflings büßen zu lassen? die „Prese“ hätte demnach ihren Zweck erreicht, ohne eine so schwere Anklage gegen die russische Regierung zu schleudern. Wir fühlen uns durchaus nicht berufen, den Anwalt dieser Regierung zu machen, wir können es nur nicht ruhig mit ansehen, daß ein sonst in der Publicistik guten Ruf genießendes Blatt sich nicht entblödet, solche ungemein niedrige Verdächtigungen auszustreuen. Niemand, wir wiederholen es, wird die polnische Nation für mitschuldig an diesem Verbrechen halten, aber wir können nur auf das tiefste bedauern, daß es soweit gekommen und daß ein solcher Gedanke überhaupt gefaßt und gegeht werden kann. Zu welchen Schlusfolgerungen fragen wir, berechtigt nicht der Umstand, daß die Leiter der Bewegung den organisierten politischen Mord als Regierungssystem aufstellen, als Mittel zur Erreichung ihres Zweckes förmlich sanctionieren und sich mit einer Schaar von Leuten umgeben, deren Beruf ausgesprochenemassen die Vollziehung der von der Centralregierung ausgeprägten Todesurtheile ist? muß nicht ein solches Vorgehen das Rechtbewußtsein, das sittliche Gefühl der Nation untergraben? ist es wohl undenkbar, daß der Einzelne darauf hin, ohne Auftrag, Aehnliches zur

Bethätigung seiner Bürgertugend, seiner patriotischen Stellung als unabhängiger europäischer Monarch eine Forderung sei muß, daß der Mord ohne ihr Wissen verübt wurde und mit Entsetzen erregender Aufrichtigkeit ausspricht, sie habe keinen Auftrag zur Vollführung dieser Blutthat ertheilt. — Wenn die „Prese“ die Solidarität der polnischen Nation mit dem Lemberger Meuchelmord leugnet, dann muß sie zuvor die Solidarität dieser mit der Nationalregierung ablehnen. Unfere Ansicht wenigstens ist, daß diese unbekannte Größe nicht als Repräsentant der polnischen Nation, nicht als identisch mit derselben anzusehen ist.

Dem Lemberger Landesgerichtsrath Kuczyński, der am 28. October durch die Hand eines Meuchelmörders das Leben einbüßte, widmet die „Wiener Btg.“ folgenden ebewollen Nachruf:

Dem Bericht der „G.-G.“ entnehmen wir: „Als Werkzeug diente ein 1 1/2 Schuh langes Jagdmesser, welches mit solcher Kraft und mörderischer Gewandtheit von hinten dem aussersehenen Opfer in die Seite gestochen wurde, daß dasselbe nach wenigen Schritten und einem Hilferufe sofort zusammenfiel. Dabei fiel Kuczyński rückwärts zu Boden und stieß sich dadurch das Messer noch tiefer in den Leib, so daß die Spitze bis an die vorderen Rippen drang, und man hörte bei der Section Herz und Lungen durchbohrt fand. Die Freiheit dieser That ist eine wahrhaft unerhörte, da in unbedeutender Entfernung sich mehrere Personen, darunter sogar zwei einen Verhafteten escortirende Polizeiwachmänner befanden; allein nur ein israelitischer Bürger befand sich in unmittelbarer Nähe, und dieser versuchte die Mörder zwar mit lautem Geschrei zu verfolgen, stolperte aber und stürzte, so daß dieselben entkamen. Ich schreibe: die Mörder, weil in der Nähe befindliche Personen angaben, zwei oder drei Leute sich eiligst vom Orte der That entfernen gesehen zu haben. Natürlich wird alles aufgeboten um derselben habhaft zu werden. Dem allgemeinen Stadtgespräch zufolge wurde Kuczyński schon vor einiger Zeit in einem anonymen Briefe mit dem Tode bedroht.“

Wie uns aus Lemberg mitgetheilt wird, hat der Landesgerichtsrath Kuczyński kurz vor seinem Tod zwei Drohbriefe erhalten. Er legte denselben keine Bedeutung bei und antwortete auf die inständigen Bitten seiner Frau, nicht abends allein auszugehen, stets: „Was soll ich fürchten?“ Am dem verhängnisvollen Abend hatte H. v. Kuczyński das Gerichtsgebäude in Gesellschaft des Präsidenten Mochnicki verlassen, der ihn ein Stück Weges begleitete. Er schied von demselben in der heitersten Laune und mit einem Scherz über die in dortigen polnischen Blättern gegen ihn ausgesprochenen Verunglimpfungen, um sich für die Soirée bei dem Statthalter umzukleiden. Wenige Augenblicke darauf war der im kräftigsten Alter stehende Mann eine Leiche.

### † Krakau, 2. November.

Wie uns mitgetheilt wird, hat Se. Maj. der Kaiser zur Unterstützung der durch den letzten Brand in Döswicem Verunglückten einen Betrag von 3000 Gulden allernächst zu spenden geruht.

### Verhandlungen des Reichsrathes.

Der Finanzausschuß hat am Sonnabend in einer Sitzung die Berathung über das Nothstandsangelegenheit fortgesetzt. Es wurde über die Art der Verwendung der Summe von 18 1/2 Millionen, über welche noch nicht verfügt worden ist, berathen. Zunächst wurde über Antrag des Grafen Kinsky beschlossen, den Bahnen (Alsfelder Bahn, Losoncer Bahn) keine Unterstützung zukommen zu lassen, wesentlich aus dem Gesichtspunct, um sich nicht bezüglich einer etwaigen späteren Subventionierung dieser Bahn zu präjudizieren. Finanzminister v. Plener und Hofrat v. Pápay vertheidigten die beantragte Unterstützung mit der Nothwendigkeit der Bevölkerung Arbeit zu erbringen. Es wurde als das Nothwendigste anerkannt, zunächst für Saatfrucht zu sorgen und von der Regierung vorgeeschlagenen Betrag von 9 1/2 Millionen für Winter- und Sommersaatfrucht (6 1/2 und 3 Millionen) zu bewilligen. Sodann erhob sich die Frage, ob man einen Betrag auch für öffentliche Arbeiten auswerfen solle, und man beschloß 2 1/2 Mill. zur Vornahme von Nothstandsbauten mittelst verzinslicher Vorschüsse an den ungarischen Landesbaufonds zu bewilligen. Der sohin noch verbleibende Rest von 6 1/2 Millionen wird auf Vorschüsse zu Gunsten der durch den Nothstand betroffenen Grundbesitzer verwendet. Die Grundsätze, welche hiebei maßgebend sein sollen, wurden folgendermaßen festgestellt.

Der vom Referenten aufgestellte Grundzg., daß nur Besitzer bis incl. einer Session Grundeigenthum unterstüdt werden sollen, wurde nicht adoptirt und der Grundzg. aufgestellt, daß der Grundbesitz mit Ausnahme des ehemals herrschaftlichen Grundbesitzes mit Vorschüssen behilft werden könne. Sowohl die Vorschüsse in Getreide, als die in Geld haben, infolge der Privatbesitz nicht genügende Sicherheit bietet unter Haftung der Gemeinden zu erfolgen. Die Vorschüsse sind bis Ende December 1865 unverzins-

kelnd. Wer sollte jetzt die Lage bestimmen, wer das Fahrzeug in den richtigen Curs lenken? Die Lage war eine verzweifelte; das fromme Mädchen begann in dem Unglück ein Strafgericht Gottes zu sehen für ihre Pflichtverlegung. Dreizehnmal brach der Tag an über den elenden Flüchtigen und dreizehnmal senkte sich die Sonne wieder, ohne daß irgend etwas sich in ihrer furchterlichen Lage änderte; ewig blieb sie vorwärts als willloser Spielball des gewaltigen Elements. Da endlich beim Tagen des vierzehnten Tages erglänzte den Unglücklichen der Hoffnungstern; Land zeigte sich in trübem Umrissen. Als der graue Nebel sich theilte vor der aufgehenden Sonne, lag unmittelbar die üppigste und reichste Landschaft vor ihnen welche sie je gesehen. Sie glaubten das Paradies gefunden zu haben.

(Schluß folgt.)

### Zur Tagesgeschichte.

\*\* Der Platzcommandant in Budua (Süd-Dalmatien) Oberst Petrich, welcher mit dem Anbau egyptischer und ionischer Baumwollpflanzen Versuche anstellte, hat ganz gute Baumwolle geerntet, von der er Proben nach Wien einführen will. Schon früher hatte er als Platzcommandant in Castelnuovo daselbst die ersten und vollkommen gelungenen Versuche mit der Anpflanzung des von der Novara-Expedition mitgebrachten chinesischen Zuckerrohrs (sorgo) gemacht.

\*\* Wieder hat ein großartiges Haberfeldtreiben in der Nacht vom 27. auf den 28. October, diesesmal in Lengries bei Tölz in Baiern, stattgefunden. Der Troß gegen das Gesetz scheint also überhandzunehmen — sagt die „Bair. Btg.“: „Wir ha-

ten es für ein Unglück, daß es noch Redaktionen gibt, welche in diesem frevelhaften Treiben ein unschuldiges Sittengericht erblicken. Die Haberfeldtreiber von heute sind bekanntlich meistens ledige und keineswegs sittene Burschen, die irgend eine Qualifikation haben sollten, über die Moralität anderer Gericht zu halten.“

\*\* Der geheime Ober-Hof-Buchdrucker Becker in Berlin, dessen Institut für die hundertjährige Jubelfeier seines Bestandes beginnt, wurde aus diesem Anlaß in den Adelstand erhoben.

\*\* Ein Hanauer Bürger hat seinen jüngsten Sprößling auf den Namen Francesco Giuseppe Garibaldi von einem deutsch-katholischen Prediger tauzen lassen. Die katholische Regierung will jedoch den Namen nicht anerkennen und hat deren Eintragung in die Civilstandesregister verweigert.

\*\* Victor Hugo's Tochter hat sich unlängst mit einem englischen Offizier vermält.

\*\* Einem aus London ihm zugehenden Schreiben entnimmt das „Fr. Journ.“ Folgendes: In der hohen aristokratischen Welt steht man die Köpfe zusammen und raut sich eine schmale Mähre an. Giner unserer erlaubten, im Staatsdienst ergraute Lords scheint, außer der ewigen Jugend, welche man in seiner Diplomatie und in seinen Parlamentsreden mit Recht bewundert, auch noch seines Alters, durch ein besondres Privilegium ein feuriges, für die schönen Hälfte des menschlichen Geschlechtes zärtlich schlafendes Herz sich bewahrt zu haben. In einer seiner Schäferkunden mit einer reizenden irischen Dame soll nun der sonst allen Schlinger und napoleonischen Fussangeln so geschickt Ausweichende sich unlängst von dem General der Schönern haben überraschen lassen. Und letzter droht mit einem Prozeß wegen Ehebruch und Scheidung. Wahrscheinlich wird sich aber der beleidigte Chemann mit einer sehr großen Geldsumme (man spricht von 20,000 Pf. St.) abfinden lassen, und einer Prozeßverhandlung vorgelegt werden, die den sittenstrengen Hoffreisen kein geringes Vergnügen geben würde.

gangsabgaben nach den nämlichen Grundsätzen wie die Ein-  
gangsabgaben zu verteilen und die Übereinkunft zwischen  
Preußen, Sachsen, den zum thüringischen Zoll- und Han-  
delsverein gehörenden Staaten und Braunschweig, betreffend  
die Theilung der gemeinschaftlichen Ausgangs- und Durch-  
gangsabgaben, nicht zu erneuern. Endlich ist im Laufe des  
Schriftwechsels über die Verträge mit Frankreich von Preu-  
ßen bereits die Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben worden,  
einer gleichzeitig mit der Ausführung dieser Verträge in  
Vollzug zu zegenden Aufhebung der Übergangssababen für  
Wein und Traubennost zuzustimmen.

Es wird wiederholt die Bereitwilligkeit erklärt, eine  
Verständigung dahin zu treffen, daß Preußen, Sachsen,  
Hannover, Kurhessen, die außer Preußen und Kurhessen bei  
dem thüringischen Zoll- und Handelsverein beteiligten  
Staaten, Braunschweig und Oldenburg im Laufe der Ver-  
einssperiode eine Abgabe von Wein und Traubennost nicht  
erheben werden, und es wird für den Fall einer solchen  
Verständigung beantragt, daß der Vertrag zwischen Preu-  
ßen, Sachsen und den zum thüringischen Zoll- und Han-  
delsverein verbundenen Staaten wegen Fortsetzung des Ver-  
trags vom 8. Mai 1841 über die gleiche Besteuerung in  
Pläzen, welchen dieselben im Festzuge einnehmen sollen,  
zu ernsten Conflicten, wobei selbst mit blanken  
Waffen dreingeschlagen wurde. Der Ausschuß der Nicht-  
außer Preußen und Kurhessen bei dem thüringischen Zoll-  
und Handelsverein beteiligten Staaten, Braunschweig und  
Oldenburg, die gleiche Besteuerung von Wein und Tabak,  
sowie den gegenseitig freien Verkehr mit diesen Artikeln

und die Gemeinschaftlichkeit der Übergangssababen von  
denselben betreffend, vom 4. April 1853, insofern nicht er-  
neuert werden, als diese Verträge sich auf die Besteuerung  
des Weinbaus und die Übergangssababen von dem aus  
anderen Vereinstaaten eingehenden Wein und Traubennost  
beziehen.

II. Die Theilung der gemeinschaftlichen Revenuen. Da keine Erfahrungen vorliegen, durch welche die Voraussetzungen bestätigt würden, auf denen die über das Præcipuum Hannovers und Oldenburgs bei Ver-  
theilung der Zollrevenuen, des Ertrages der Rübenzuckersteuer und der Einnahmen von der Übergangssababe für Wein und Traubennost, Tabakblätter und Tabakfabrikate getroffenen Verabredungen beruhen, so wird beantragt, die bezüglichen Bestimmungen in Art. 22 des Vertrages, die Fortdauer und Erweiterung des Zoll- und Handelsvereins betreffend, vom 4. April 1853, im Art. 5 der Übereinkunft wegen Besteuerung des Rübenzuckers von denselben Städten mit Spielhäusern derlei autorisiert, dann wäre es gut, diese Staaten zu kennen, um sie aus Gründen der allgemeinen Sicherheit nennen zu können. Es ist billig, daß die öffentliche Moral in die Lage versetzt wird, eine solche Schnach nach Gebühr zu brandmarken. Auf den Gränzpfahl der Städte, welche zum Mord ermächtigende russische Waffenpässe respectiren, seje man dann einen Revolver, damit der Reisende wisse, auf welchem Territorium er sich befindet.

Am 22. d. M. starb in Altona der vormalige schleswig-holsteinische Regierungsrath Engel im 63. Lebensjahr. Bis zum Jahre 1848 war er Mitglied der schleswig-holsteinischen Regierung auf Schloß Gottorp (in der Stadt Schleswig.) Sofort beim Beginn der Erhebung (24. März 1848) gesellte er sich den Beamten bei, die den dänischen Staatsdienst verließen.

Die „Kreuz-Zeitung“ sagt über die Wahlen, obgleich das Entgegenkommen der Regierung keine wünschenswerthe Aufnahme gefunden, sei das Resultat doch relativ günstig. Die Wahl sei eine politische Reconnoisirung gewesen. Dieselbe habe eine für sie günstige Bilanz ergeben. Durch Besetzung der All liberalen sei das Terrain zum Gefecht klar gemacht. Die Fortschrittspartei habe nur über die Liberalen gelegen, sie sei der conservativen Partei gegenüber im Rückgrange und werde sich zeigen.

Die „National-Zeitung“ klassifizirt die bis jetzt bekannten 345 Wahlkreise in folgender Weise: Der Fortschrittspartei angehörig 140 inklusive der Doppelwahlen; dem linken Centrum angehörig 82; neu gewählte Liberale 19; altliberale 7; Fraction Lette 4; kleinere Fraction angehörige Liberale 5. Liberale Majorität etwa 260; Clericale 24; Conservative 37; Polen 26; Unbestimmbar 2. Von sieben Wahlen ist das Resultat noch unbekannt.

Bei der Reise des Königs zur Einweihung der pommerschen Eisenbahn fand, wie die Pommersche Zeitung meldet, nach Beendigung des Dejeuners in Pajewalk die Vorstellung einer Deputation der Logestatt. Zu derselben soll der König gesagt haben: „Die Wahlen sind hier schlecht ausgefallen. Ich hoffe, daß die Brüder nicht in dem Sinne gestimmt haben. Wenn ich den Frieden erhalten soll, muß ich auch Militär haben.“ In diesem Wahlbezirk wurden die alten Abgeordneten, Graf Schwerin, Consul Müller und Redakteur Michaelis, wieder gewählt. Auf dem Bahnhofe war eine riesengroße schwarze-weiße Fahne aufgestellt mit der Inschrift: „Von den Conservativen.“

In Polen wurde am 27. v. Mts. nach dem „Dziennik“ die Wohnung des Vicars Gonstki an der St. Adalbertkirche polizeilich durchsucht und Gonstki selbst verhaftet; auch wurden in seiner Wohnung einige Papiere mit Beischlag belegt. Gonstki soll im Verdacht stehen, Mannschaften für den Aufstand geworben zu haben. Dieser ist bereits nach Berlin in die Hausspionage abgeführt.

Der Capitän Barnejon (von einem Englischen Schiffe) ist dem „D. D.“ zufolge wegen Einschmugelung von Gewehren, also wegen Zoll-Defraudation unter erschwerenden Umständen, in die Defraudationsstrafe von etwa 6000 Thlr., eventuell 1 Jahr Gefängnis und Confiscation der Waffen verurtheilt.

Der Hauptgegenstand der Tagesordnung in der am 29. v. Mts abgehaltenen Sitzung der wiedereröffneten hessendarmstädtischen ersten Kammer bildete

der in der zweiten Kammer seiner Zeit gefasste Beschluss, welcher den Beitritt des Großherzogthums zu

dem preußisch-französischen Handelsvertrage verlangte. Graf Solms-Laubach erstattete den Ausschußbericht, der darauf hinauslief, dem betreffenden Be-

schluß zweiter Kammer nicht beizutreten, sondern der Regierung unter ausdrücklicher Billigung ihres bis-

herigen Verhaltens, vertrauensvoll die weiteren Ver-  
handlungen in der Angelegenheit zu überlassen. Mehr

oder weniger im Sinne dieses Berichtes sprachen nun alle in der Frage auftretenden Redner, so der Präsi-

dent v. Hesse, Gr. Götz, Gr. Erbach Fürstenau, Dom-

capitular Monfang und Kanzler Birnbaum. Com-  
mercienrath Heyl und Freiherr v. Riedsel gab zu, daß die einzelnen Bestimmungen des Vertrages über-  
wiegend von Vortheil für die inländische Industrie  
sein würden, erklärten aber den Artikel 31 als ein  
absolutes Hinderniß, vor dessen vorgängiger Beleiti-  
gung ein Beitritt nicht ratschlich, sondern unheilvoll  
erscheine. Ministerpräsident v. Dalwigk betonte die  
von jener „ächte deutsche Gesinnung“, welche die gro-  
ßherzogliche Staatsregierung zu allen Seiten geleitet  
habe, und erklärte ausdrücklich weiter, daß auch nicht  
das in jedem Vertrag ausgesprochene Princip des  
Freihandels die Regierung vom Beitritt abhalte, da  
sie ja demselben durchaus nicht abgeneigt sei, sondern  
lediglich der Artikel 31, der jeder Einigung des ge-  
meinsamen Vaterlandes entgegentrete. Die Kammer  
trat einstimmig dem Antrage des Ausschusses bei und  
verwarf somit den Beschuß der andern Kammer.

In Göttlingen kam es bei der Feier des 18. October zwischen den Corpsstudenten und den Nicht-  
verbindungsstudenten und Burschenschaften wegen des  
Vertrags vom 8. Mai 1841 über die gleiche Besteuerung in  
Pläzen, welchen dieselben im Festzuge einnehmen sollen,  
zu ernsten Conflicten, wobei selbst mit blanken  
Waffen dreingeschlagen wurde. Der Ausschuß der Nicht-  
verbindungsstudenten und Burschenschaft hat in Folge  
dessen beschlossen, den Prosector um Auflösung der  
Corps zu bitten.

Die Europe bringt einen Artikel über den Vorfall zwischen den beiden Wielopolski und Capitän Danielowski  
im Curgalon von Homburg. Sie versichert, erfahren zu  
haben, die russische Regierung habe es bei einigen deutschen  
Regierungen in der That durchgebracht, daß die in den Staaten  
des Czars ertheilte Erlaubniß zum Tragen von Waffen  
auch im Auslande als ein gültiger Paß betrachtet wird. Es  
habe nicht viel auf sich, meint die Europe, wenn nur einige  
Fürsten, welche bei der Ausbeutung von Spielhäusern be-  
teiligt sind, derlei russische Waffenpässe in ihren Staaten  
über das Præcipuum Hannovers und Oldenburgs bei Ver-  
theilung der Zollrevenuen, des Ertrages der Rübenzucker-  
steuer und der Einnahmen von der Übergangssababe für  
Wein und Traubennost, Tabakblätter und Tabakfabrikate  
getroffenen Verabredungen beruhen, so wird beantragt, die  
bezüglichen Bestimmungen in Art. 22 des Vertrages, die  
Festsetzung der Zoll- und Handelsvereins  
betreffend, vom 4. April 1853, im Art. 5 der Übereinkunft  
wegen Besteuerung des Rübenzuckers von denselben  
Städten mit Spielhäusern derlei autorisiert, dann wäre es  
gut, diese Staaten zu kennen, um sie aus Gründen der  
allgemeinen Sicherheit nennen zu können. Es ist billig, daß  
die öffentliche Moral in die Lage versetzt wird, eine solche  
Schnach nach Gebühr zu brandmarken. Auf den Gränzpfahl  
der Städte, welche zum Mord ermächtigende russische Waf-  
fenpässe respectiren, seje man dann einen Revolver, damit  
der Reisende wisse, auf welchem Territorium er sich befindet.

Einem Briefe der Moskauer Zeitung zufolge ist  
in dem Insurgentenführer Drenowowski ein ehemaliger russischer Officier Jaworski erkannt  
worden, den Kaiser Nicolaus seinerzeit mit Wohl-  
thaten überhäuft und als Unter-Intendanten des Par-  
fes Lazienki angestellt hatte. J. bezog noch immer  
seine russische Pension, während er bereits unter sei-  
nen angenommenen Namen ein Insurgentencorps be-  
schäftigte. Zuletzt verkaufte er den Inhalt einer der  
größten Salziederlagen der Regierung in Gora-  
Kalwaria und entfloß mit dem dafür eingenom-  
menen Gelde in's Ausland. Seine Frau wird von  
der russischen Regierung in Haft gehalten.

Der „Nord“ hat Nachrichten aus St. Petersburg, denen zufolge der Kaiser in den ersten Tagen des November nach St. Petersburg zurückkehren und die Kaiserin ihm bald nachfolgen wird. Nach demselben Blatte hätten die Generale Murawieff und An-  
nenko, die in Lithauen und Kiew commandiren, ihre Abberufung nachgesucht. Als ihre mutmaßliche Nachfolger nennt der „Nord“ die Generale v. d. Lanniz, Timashoff und den Grafen Murawieff-Amurski. Vor-  
Rückkehr des Kaisers würde indeß wohl nichts entschieden werden.

Am 31. October ist, wie eine tel. Depesche der „Schles. Ztg.“ aus Katowitz meldet, die lange Eisenbahnbrücke bei Petrifau von den Insurgenten abgebrannt worden.

Der „Czas“ bringt folgende ihm durch die Post

zugekommene im Namen der Nationalregierung her-  
ausgegebene gedruckte Bekanntmachung:

„Um der Verbreitung des in nichts begründeten Ge-  
räusches zuvorzukommen, als sei der in Lemk am 28. d.  
an der Person des k. k. „Staatsrathes“ (radcy stanu) Ku-  
czyński verübte Mord auf Grund eines von dem Revolu-  
tionstribunal gefällten Urheils vollzogen worden, bringt  
(podaje) hiermit zur allgemeinen Kenntniß: Dass ein Re-  
volutionstribunal in Galizien als Ausfluss (z ramienia) der Nationalregierung weder bestanden noch besteht; dass der „Staatsrat“ Kuczyński durch das Revolutions-Tribunal weder gerichtet noch verurtheilt worden; dass somit der an seiner Person verübte Privat-Mord ohne Wissen der Nationalregierung und der von der Regierung bestellten Behörden geschehen. Am 30. October 1863.“

Am 31. Morgens fand das Begräbnis des Lemkberger Landesgerichtsrathes Kuczyński statt. Trotz des unfreundlichen Wetters wohnte demselben eine zahlreiche Menschenmenge bei. Auch der Statthalter und die Sparten der Behörden waren anwesend.

## Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 2. November.

\* Alter Heiligen fiel heuer mit dem Schlusstag des Ablusses zu Ehren des Schutzpatrons der hiesigen Akademie und Schulen hl. Johann von Kęst zusammen. Wie alljährlich, hielt gestern zum Schlus der Octave nach Predigt und Besparndacht das Gremium der Professoren, an der Spitze die Seepfe der Jagiellonischen Universität, unter Bortrait des Prorectors feierlichen Zug in der von Andächtigen gefüllten St. Anna-Kirche.

\* Das Justizministerium hat dem Advocaten in Bodnia Dr. Joachim Rosenfeld die Überzeugung nach Krakau bewilligt und in Krakau den Finanz-Concisen bei der Krakauer Finanz-Procuratur Dr. Andreas Rydzowski;

in Bodnia den Dr. Moritz Reines und den Dr. Marcell Swiatowsky;

dann in Wadowice den Dr. Ludwig Hapiszewski.

## Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Der f. f. Ministerialrath Dr. Ritter von Malz ist von seiner Angelegenheit der Bodenseegürtelbahn nach Bregenz und St. Gallen unternommenen Dienstreisen nach Wien zurückgekehrt, und es ist nach dem Ergebnisse der von ihm an Ort und Stelle angeführten Verhandlungen viele Ansicht auf die Zustandekommen dieser für Vorarlberg so wichtigen Eisenbahn vorhanden, wobei auf die Wünsche der dortigen Bevölkerung thunlichst Rücksicht genommen werden wird.

— Zur Aufstellung eines Militär-Gränz-Gordons in Steiermark gegen die in Ungarn herrschende Kinderpest sollen vom böhmischen Kriegsministerium über Ansuchen des Staatsministeriums die nötigen Truppen beigekehrt werden.

Berlin, 31. Oct. Frei. Ant. 101. — 5perc. Met. 66. — 1860er-Lose 85. — National-Ant. 72. — Staatsbahn 108. — Credit-Ant. 82. — Credit-Lose fehlt. — Böhm. Webzahl 70. — Wien 88.

Frankfurt, 31. October. 5percent. Met. 64. — Wien 103. — Banfactien 823. — 1854er-Lose 80. — Nat. Ant. 71. — Staatsbahn 186. — Credit-Ant. 191. — 1860er-Lose 86. — Anteile v. 3. 1859 82.

Paris, 31. October. Schlusscourse: 3percent. Rente 67.05. — 4perc. 95.40. — Staatsbahn 412. — Credit-Mobilier 1110. — Lomb. 561. — Ost. 1860er-Lose fehlt. — Piem. Rente 73.40. — Consols mit 93 gemeldet.

Haltung wenig fest.

Krakauer Börs am 1. November. Neue Silber-Rubel Agio fl. v. 104 verlangt. fl. v. 103 gezahlt. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währ. fl. poln. 385 verl. 379 bez. — Preuß. Courant für 150 fl. öst. W. Thaler 89 verl. 88 bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 112 verl. 111 bez. — Russische Imperials fl. 9.32 verl. fl. 9.18 bez. — Napoleon's 9.08 verl. 8.96 bez. — Holländische Goldfl. Dufaten fl. 5.46 verl. 5.38 bez. — Holländische österr. Rand-Dufaten fl. 5.46 verl. 5.38 bez. — Polnische Pfandbriefe mit Coupons fl. v. 912 verl. 903 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Genu. in öst. W. 75 verl. 74 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst 1. Comp. in GM. fl. 79 verl. 78 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währ. fl. 76 verl. 75 bez. — National-Anteile vom Jahre 1854 fl. österr. Währ. 81 v. 80 bez. — Anteile der Carl Ludwig's Bahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währ. 201 verl. 199 bezahlt.

Lotto-Ziehung.

Gezogene Nummern: Am 24. October.

Linz 87, 62, 11, 70, 78.

Ösen 39, 85, 6, 77, 57.

Triest 3, 12, 59, 69, 9.

Brünn 5, 73, 70, 81, 16.

## Neueste Nachrichten.

Die Zahl der von dem f. f. Militär an der Gränze des Rzeszower Kreises angehaltenen und den betreffenden Bezirksämtern übergebenen Insurgenten, welche auch die Chonrede registriren wird, nach der Niederlage ihrer Abtheilungen sich in der Zeit vom 22. bis 28. October l. S. nach Galizien geflüchtet haben, beträgt in so weit selbe bis zum heutigen bekannt ist, 318 Mann. Hieron gehörten 209 dem Waligorski'schen und Słaski'schen und 109 dem Czachomski'schen Corps an. Die weitaus größere Mehrzahl dieser Flüchtlinge bestand aus Handwerker-Geßellen und Tagarbeitern.

Die Gerüchte, welche vorgestern in Krakau von einem Zusammenstoß polnischer Truppen bei Pinczow und Ożarowice circulirten, haben sich der „Kronika“ zufolge als ganz irrig herausgestellt. Reisende von dort versichern, daß dort herum in diesem Augenblick kein polnisches Lager existiert.

Die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatz im Königreich Polen beschränken sich dem „Czas“ zufolge auf ungewisse Gerüchte über neue Gefechte im Krakauischen und Lublinischen, und zwar ein angeblich günstiges, das Bosak (Pseudonym) in der Gegend zwischen Chmielnik und Kielce bestanden und ein zweites, in welchem am 26. d. Oberst Wierzbicki in der Gegend von Gościeszowice einen Angriff der Russen abgeschlagen haben soll; ferner kleine Scharenmüller im Opoczyner Konis, wo etliche Reitertrupps aktiv; von einem derselben unter Rudowski berichtete

# Amtsblatt.

## Kundmachung.

(939. 2-3)

Im Namen Sr. f. f. Apostolischen Majestät hat der f. f. oberste Gerichtshof laut Erlaß vom 23. September 1863, z. 3. 6469, das Erkenntniß des f. f. Landesgerichtes zu Krakau vom 30. Juni 1863, z. 8042, womit das Verbot der in Krakau im J. 1862 in der Druckerei und im Verlage des J. Wywiłłowski erschienenen Druckschrift: „Bez chaty“ von Michael Balucki, wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung nach § 305 St. G. ausgesprochen wurde, bestätigt.

## Kundmachung.

(943. 1-3)

### Erkenntnis.

Das kais. kön. Landesgericht in Lemberg hat Kraft der ihm von Sr. f. f. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt zu Recht erkannt, daß der Inhalt der Druckschrift:

„Dla Moskali. Wyjatek z niewydanych poezji Kornela Ujejskiego, autora „z dymem pożarow” Lwów, w komisie księgarnej Karola Wilda 1862.“

das Vergehen der Gutheissung von ungefährlichen Handlungen, strafbar nach § 305 St. G. B. begründe und verbietet hiemit nach §. 36 des Preßgesetzes vom 17. Dezember 1862 das Verbot ihrer weiteren Verbreitung.

Gleichzeitig wird auf Grund des §. 37 des Preßgesetzes auf die Vernichtung sämtlicher mit Beschlag belegten und bei Gericht befindlichen Exemplare der vorgenannten Druckschrift erkannt.

Lemberg, am 10. October 1863.

## Nr. 18640. Kundmachung.

(944. 1-3)

Damit der regelmäßige Eingang der Staatsauflagen bis zum Erscheinen des über den Staatsveranschlag für die vierzehnmonatliche Verwaltungsperiode vom 1. November 1863 bis Ende Dezember 1864 zu gewärtigenden Finanzgefeße keine nachteilige Unterbrechung erleide, haben die Excellenz der Herr Finanzminister mit den hohen Erlässen vom 27. September und 28. October d. J. z. 3. 4636/1369 angeordnet, daß die Einhebung und zwangsweise Betreibung der directen Steuern für die obige Periode nach der festgestellten Gebühr des Verwaltungsjahrs 1863, und zwar zufolge des im R. G. Bl. aufgenommenen Gesetzes vom 28. October 1863 für die Monate November und Dezember 1863 sammt dem im Finanzgefeß vom 19. Dezember 1862 lit. A bis F angeordneten erhöhten außerordentlichen Zuschläge statzufinden habe, und die sub lit. G desselben Gesetzes angeordnete 7% Einkommensteuer von den mit 1. November und bis Ende Dezember 1863 fällig werdenden Obligationenzinsen einzuhaben ist.

Von der f. f. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 29. October 1863.

## N. 824. Ogłoszenie konkursu

(920. 3) na stypendium z fundacją s. p. Andrzeja Zalchockiego.

Z początku roku szkolnego 1863/64 opróczione zostało jedno stypendium ręczne o rocznych Zł. 105 w. a. z fundacją s. p. Andrzeja Zalchockiego, dla uczęszczających do szkół synów szlachty polskiej.

Uczniowie szkół publicznych, począwszy od ukończoną II klasy normalnej, tudzież uczniowie szkół wyższych, chcący ubiegać się o to stypendium, mają najdalej do dnia 30go Listopada r. b. podać prośby swoje do Wydziału krajowego i dodać wywód szlachectwa polskiego, metrykę chrztu, świadectwo ubóstwa i ostatnie zaświadczenie z odbytych nauk, w reszcie dowód, jako kandydat do szkół publicznych na pierwsze półrocze 1863/64 przyjętym zostało.

Z rady Wydziału krajowego Królestwa Galicyi i Lodomeryi.

Lwów, dnia 20go Października 1863.

## 3. 12054. Edict.

(945. 1-3)

Vom Krakauer f. f. stadt. deleg. Bezirksgerichte wird der Inhaber des vom Krakauer f. f. Gefallen-Oberamte den 18. Mai 1859 sub Empfangsartikel 1628/73 über 40 fl. öst. W. ausgestellten Depositencheins mittelst dieses Edictes aufgefordert, diesen Depositenchein binnen einem Jahr, sechs Wochen dem hiesigen f. f. stadtisch-deleg. Bezirksgerichte vorzulegen, widrigens nach Ablauf dieser Frist der obbesagte Depositenchein über abermaliges Ansuchen des Bittfellers für nichtig und wirkungslos angesehen, und der Aussteller desselben den daraus entstehenden Verbindungen nachzukommen, nicht mehr verpflichtet sein wird.

Krakau, am 25. October 1863.

## Nr. 92. Kundmachung.

(927. 3)

Vom gefertigten f. f. Notar als mit Beschuß des hohen f. f. Rzeszower Kreisgerichtes vom 14. Juli 1. J. 3. 4056 zur Leitung der Ausgleichsverhandlung über das sämtliche Vermögen des hief. prot. Handelsmannes „Rafael Galoti“ delegirten Gerichtscommissär, werden gemäß §. 23 des h. Gesetzes vom 17. Dezember 1862 R. G. B. 3. 97 sämtliche Gläubiger dieses Handelsmannes angefordert, ihre, aus was immer für einem Rechtsgrunde herührenden Forderungen, infsofern sie es noch nicht gethan haben, bis Ende November 1863 beim Gefertigten so gewiß schriftlich anzumelden, widrigens sie im Falle eines Ausgleichs zu Stande kommen sollte, von der Befriedigung aus allem der Ausgleichsverhandlung unterliegenden Vermögen, infsofern ihre Forderungen nicht mit einem Pfand-

rechte gedeckt sind, ausgeschlossen werden und den in den Leben und Wohnorte nach unbekannten Johann Zyta durch §. 35, 36, 38 und 39 dieses h. Gesetzes bezeichneten Folgen unterliegen würden.

Rzeszow, am 26. October 1863.  
Felix Holzer,  
f. f. Notar als Gerichtscommissär.

## L. 18836.

### Edikt.

(933. 2-3)

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadama niniejszym edyktom p. Felikse Gaszyńskiego, z życia i miejsca pobytu niewiadomego, a w razie jego śmierci jego spadkobierców niewiadomych, że przewińiemu w dniu 19go Października 1863 do 1. 18836 Neftali Spira wniosł podanie o wydanie nakazu zapłaty sumy wekslowej 77 złr. 50 kr. w. a. z p. n.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto ces. król. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego Adwokata pana Dra. Zukra, któremu nakaz zapłaty doręcza się, kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicji obowiązującego, przeprowadzony będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktom pozwanemu, aby w wycz oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrebbe dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrał, i o tem ces. król. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możnych do obrony środków prawnych użył w razie bowiem przeciwnego, wynikłe z zaniechania skutki sam sobie przypisać musiały.

Kraków, dnia 21go Października 1863.

## 3. 4638.

### Edict.

(926. 1-3)

Vom f. f. Bezirksamt als Gerichte in Biala wird hiemit bekannt gegeben, daß in Folge der Güterabtretung der Concurs über das gefaßte wo immer befindliche bewegliche, und über das, in den Kronländern, in welchen die Jurisdicitionsworm vom 20. November 1852, z. 251 R. G. Bl. gilt, gelegene unbewegliche Vermögen des H. Florian Siegel und Frau Klara Siegel Tuchmacher in Biala eröffnet wird; es werden somit alle, welche eine Forderung an die gedachten Cheleute Florian und Klara Siegel zu stellen haben, mittelst gegenwärtigen Edictes vorgeladen, und denselben aufgetragen, daß sie auf was immer für Rechte sich gründenden Ansprüche bis zum 31. Januar 1864 gegen den in der Person des Hrn. Advocaten Dr. Eisenberg bestellten Massavertreters anmelden und liquidieren sollen, widrigens sie von dem vorhandenen Vermögen, soweit solches die, in der Zeit sich anmeldenden Gläubiger erschöpfen, ungehindert des auf ein in die Masse befindliches Gut haben Eigenthums- oder Pfandrechtes, oder eines ihnen zustehenden Compensationsrechtes, abgewiesen sein und im letzteren Falle zur Abtragung ihrer gegen seitigen Schuld in die Masse, angehalten werden würden.

Unter Einem wird zum provisorischen Verwalter dieser Masse Hr. Czechański Tuchmacher bestellt.

Zugleich wird zur Wahl oder Bekämpfung des Vermögensverwalters, dann zur Wahl des Gläubiger-Ausschusses eine Tagfahrt auf den 12. Februar 1864 um 9 Uhr Vormittags anberaumt, bei welcher sämtliche Gläubiger sogenannter zu erscheinen haben, als sonst dieselben als dem Beschlüsse der Mehrheit der Erscheinenden beigetreten, angesehen werden.

Vom f. f. Bezirksamt als Gerichte.

Biala, am 18. October 1863.

## 3. 993.

### Edict.

(904. 3)

Vom f. f. Bezirksgerichte zu Saybusch wird dem Laurenz Klassel durch gegenwärtiges Edict bekannt gegeben, es haben wider ihn die Cheleute Kaspar und Kunegunda Bialik aus Saybusch wegen Löschung des Betrages von 80 fl. GMze. aus dem Lastenstande des zu Saybusch gelegenen Grundstückes genannt „Rola Ebracka“ bei diesem f. f. Gerichte eine Klage überreicht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber eine Tagfahrt auf den 4ten Dezember 1863 Vormittags 10 Uhr angeordnet wurde. Das Gericht, dem der Aufenthaltsort des Laurenz Klassel unbekannt ist, und da er vielleicht aus den f. f. Ländern abwesend sein dürfte, hat auf seine Gefahr und Kosten den hierortigen f. f. Notar H. Winzenz v. Złochowski zu seinem Curator aufgestellt, mit welchem diese Rechtsache ausgeführt und entschieden werden wird. Der dem Leben und Wohnorte nach unbekannte Ignaz Rybarski wird daher hievon durch dieses öffentliche Edict zu dem Ende verständigt, daß er allenfalls zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder dem bestimmten Vertreter seine Rechtsbehelfe mittheilen zu lassen, oder aber auch sich selbst einen anderen Sachwalter zu bestellen, denselben diesem Gerichte namhaft zu machen und überhaupt alle rechtlichen ordnungsmäßigen Wege einzuschlagen habe, die er zu seiner Vertheidigung dienlich finden würde; widrigensfalls er sich sonst die aus seiner Verabsäumung entstehenden Folgen selbst zuzuschreiben haben würde.

Vom f. f. Bezirksamt als Gericht.

Biala, am 18. October 1863.

Amtsblatt.

Nr. 10648. Pr.

Kundmachung.

Aus Anlaß der gleichzeitig ausgeschriebenen Wahl eines Landtagsabgeordneten aus dem Wahlkörper des großen Grundbesitzes im Tarnower Kreise, wird hiermit die Wählerliste für diesen Wahlkörper in Gemäßheit des §. 22 der Landtagswahlordnung mit dem Bemerkung kundgemacht, daß Reklamationen gegen dieselbe binnen 14 Tagen, vom Tage dieser Kundmachung an gerechnet, bei dem gefertigten Statthalterei-Präsidium eingebracht werden können.

Die großjährigen Besitzer eines landästlichen wahlberechtigenden Gutes, haben den von ihnen zur Wahl ermächtigten unter Vorlage der Vollmacht für denselben der Tarnower Kreisbehörde befußt Ausfertigung der Legitimationskarte zur Kenntnis zu bringen.

Zugleich werden alle außerhalb des Landes wohnenden Wahlberechtigten zur Erhebung ihrer Legitimationskarten bei der genannten Kreisbehörde aufgefordert.

Born f. f. Statthalterei-Präsidium.

Lemberg, den 24. October 1863.

Alexander Graf Mensdorff Pouilly.

Wählerliste  
für den Wahlkörper des großen Grundbesitzes im Tarnower Kreise.

Liste Wyborców

für ciała wyborczego właścicieli większych posiadłości w obwodzie Tarnowskim.

Vor- und Zuname des Gutsbesitzers	Benennung des landästlichen Gutes	Vor- und Zuname des Gutsbesitzers	Benennung des landästlichen Gutes
Imię i nazwisko posiadacza	Nazwa tabularnej posiadłości	Imię i nazwisko posiadacza	Nazwa tabularnej posiadłości
Baszczewicz Emilia	Korzuchow	Kucharski Anastazy	Łączki
Baltasiński Nicolaus	Jawornik	Księży Karmelitów klasztor w Pilznie	Lipiny
Berke Carl	Karwoda	Kotarski Józef	Glinik polski
Bielańska Constanția	Meszna szlachecka	Zabecki Franz	Uniszowa
Bobrownicka Maria	Dobrków	Lanckorońska Alexandra Gräfin	Wola Wadowska
Bobrownicki Mieczysław	Jaworze dolne i górnne	Lewartowska Apolinar Baron	Zimna woda
Bobrownicka Felicia	Parkosz	Burzyńska Emeryta und Wisłocka Leonarda	Siedlec
Bobrowski Carl Graf	Pustkow	Łętowski Marcell	Gorajowice
Bobrowski Titus	Koszyce małe	Leyner Simon	Kiełków
Bobrowska Olimpia Gräfin	Radomyśl	Lgocki Josef	Gliniczek
Bogusz Alexander	Lubasz	Lipowski Thaddäus	Lubca dzwonowa
Bogusz Felix	Rzemień	Lubkowski Erasm	Słupiec część
Boguszewski Anton	Łowczów	Lisowiecki Wacław	Niegłowice
Brodzki Adam	Jastrzębka nowa	Lękiewicz Ludwig und Bobrownicki Karl	Pilzniek
Brzowski Casimir	Gruszów i Wiercany	Michałowski Władysław	Witkowice
Brzowska Mary	Cmolas	Miniewski Józef	Nagnajów
Brzowski Boguslaus	Radwań	Morski Felix, Helena & Zofia	Latoszyn, Brzeziny dolne
Brzozowski Franz und Franciska	Bobrowniki etc.	Moszczeński Franz Graf	Zbyltowska góra, Sieciechowice i Wielopole
Brzowski Felix	Tulkowice	Nalepa Thomas	Siemichów
Bernreiter Josefa	Trzcinica	Nowakowski Stanislaus	Kowalowy
Biesiadecka Antonella	Siekłówka górna	Nowakowska Helena	Sowina
Bogusz Konstanty, Stanisław, Józefa i Amalia	Smarzowa	Nowiński Franz	Piotrkowice
Chrzanowska Anastazy	Gawryżowa	Nowotny Józef	Nawsie kołaczyckie i Krajowice
Ciesielska Jadwiga	Przyłęk	Ochocka Marya	Budzyń i Wampierzów
Chrząstowski Roman	Burzyn	Ossolińskiego hrabiego zakład	Zgórsko z przylegiem
Chojnowskiego Franciszka spadkob.	Bączal górný	Paliszewska Józefa	Brzozówka
Dietl Joseph	Rzuchowa	Paliszewskiego Walentego spadkobiercy	Skrzyszów
Doliński Franz	Nockowa	Piasecki Józef	Trzęsówka, Przyłęk
Dobrzyńska Julia	Jedłowa	Piliński Konstanty	Siekłówka dolna
Dobrzyńska Victoria	Łukowa	Piliński Tadeusz	Tarnowiec
Dobrzyński Anton und Alexander	Partyń, Klecie i Roźnów	Piegłowski Feliks	Osobnica
Drohojewska Maria Gräfin	Olesno	Pienkoś Florian	Jaszczerowa
Drohojewski Titus	Radgoszcz Rydzów etc.	Pischtek Adalbert	Sieradza
Dzwonkowska Anna	Dembowiec	Piotrowski Gustaw	Chojnik
Dzwonkowski Eduard	Gromnik	Pellegrini Józef und Rozwadowski Ladislaus	Brzozowa
Dąbska Johanna	Zakrzów	Petrowicz Vincenz	Przybówka
Elkan de Elkansberg Eleonora	Tuszów	Prokop Karl	Sobniów i Laski
Freund Wilhelm	Żabno	Siostry miłosierdzia w Przeworsku	Kalembina
Fihausera Henryka spadkobiercy	Odporyszów	Pruszyńska Felicya	Łęki górne
Gawroński Mieczysław	Slupiec	Pawlowska Marya	Dąbrówka i Opacie
Garbaczynski Peter	Mokrzec	Raczyńska Anna Gräfin	Dembica
Geppert Władysław	Ziempniów	Reichling Paulina, Rumerskirch Anna und Leontine	Ryglice
Geschwind Feige	Głowaczowa	Gräfin und Leśniowska Stefanija	Bistuszowa
Gorlitzer Chane Sara	Jastrzębka stara	Rychtera Józefa spadkobiercy	Ślupie
Gorajski Alexander	Szembrze	Rey Karolina Gräfin	Przesław
Gorajski Stanislaus	Siedliska	Rey Stanisław, Mieczysław und Helena Grafin	Olpiny
Gorajski Władysław	Uniut czeluśnica	Rogawski Karl	Budyń i Zwiernik
Grocholski hr. Mieczysław	Nagoszyn	Romer Emil Graf	Borowa
Gruszczeński Adolf	Broniszów	Romer Bronisław Graf	Ocięka
Gostkowski Florian, Baron und Miazga Alexander	Bączal dolny	Romer Anna Gräfin	Biezdziezda
Homolacz Karolina	Ilkowice	Romer Henryk	Świącany
Hoemheiser Adalbert	Radgoszcz	Romer Balbina Gräfin	Lublica
Hupka Jan	Niwiska	Romer Stanislaus Graf	Stępina
Husarzewska Helena Gräfin	Szczucin i Kosówka	Romer Wilhelm Graf	Kolbuszowa mała
Jabłonowski Casimir Graf	Wiśniowa	Rucki Konstantin	Gródna dolna
Jaworska Aniela	Żelazówka	Rutowski Klemens	Lubla, Łęki et Szufnarowa
Jarecki Franz	Pstrągowa część	Rogojski Andreas	Luszowice gorne
Jordan Jędrzej	Kłyż, Zalipie	Romer Konstantia Gräfin und Jabłonowska Isabella	Hrabstwo Tarnów
Kiernicki Konstanty	Frysztak	Gräfin	Goleszów
Konopka Leon Baron	Otnów	Sanguszko Ladislaus Fürst	Gawryżowa, część
Konopka Stanislaus Baron	Brnik	Schmidt Filip	Otnów
Konopka Felix Baron	Gorzyce	Schmatzter Anna	Niedzwiada
Koch Karolina	Gembiczyna	Stoński Franz	Wojsław
Koch Wilhelm	Przeczyca	Skorupka Josefa Gräfin	Wola szczucińska
Kochanowska Helena	Szerzyny	Sękowski Aleksander	Bolesław
Komarnicki Ludwig	Strzegocice i Sworżw	Sękowska Adela	Grudna góra
Kozłowski Mieczysław	Wiewiórka	Sroczyński Marian	Dąbrowa
Kotarski Stanislaus	Swaczów, Ujazd	Stojowski Józef	Nieczajna
Kozmian Stanislaus	Dobrzechów	Starzeński Kasimir Graf	Gogołów część
Krasauskij Tekli spadkobiercy	Wola Lubecka i Zwiernik	Stojowski Eugeniusz	Mielec
Krasicki Carl Graf	Baranów	Stojowski Stanislaus	
Krzystkiewicz Bronislaus	Brzyskie	Strzeszowska Leopoldina	
Kuczkowska Henriette Gräfin	Zassów, Machowa	Sucharzewska Paulina	
Kurdwanowska Maria	Rzędzianowice		

Suski Bonawentura  
Szczepanowska Salomea  
Szumski Leopold  
Schönfeld Karl Graf  
Sanguszko Roman Fürst  
Tarnowska Karoline Gräfin  
Tarnowska Antonina  
Tarnowska Elisabeth Gräfin  
Toczyński Michael  
Tretter Josefa i małoletnie Aleksandra i Felicja  
Trompeter Roman  
Probostwo w Tuchowie  
Tyszkiewicz Jerzy Graf  
Tretter Maria und Bukowska Magdalena  
Wasilewski Teofil  
Wąsowicz Antonia  
Wiślicka Henryka  
  
Wiktor Józefa  
Wittig Rudolf  
Widerwald Hermine  
Wilczyński Karl  
Wesołowska Krystyna  
Wojciechowski Wiktor  
Wysocka Emma  
Wiślicka Eufemia  
Zakrzewska Franciszka  
Załuska Zofia Gräfin  
  
Zajkowski Stanislaus  
Zborowski Prosper Graf  
Zwolińska Honorata  
Załuski Jan Graf  
Zabirzewski Felix  
Dzwonkowska Ewa und Dzwonkowski Apolinar  
Wexberg Josef und Spitzer Moritz  
Wojnarowska Matilda  
Eisenbach Leopoldine  
Szumańska Karolina  
Brzyski Mieczysław und Bronisław

Konary  
Kielanowice  
Wiśniowa i Nockowa  
Breń Osuchowski  
Niedomice  
Chrząstów  
Kozłowe  
Chorzelów  
Podleszany, Rydzow etc.  
Niwki i Zalipie  
Brzeziny górne  
Dąbrówka i Garbek  
Kolbuszowa góra  
Grondy  
Markuszowa  
Przedborz  
Deborzyn, Kamienica dolna i Dąbrówka  
Borowa, Lipiny  
Brzeziny zasadne  
Zgrobice  
Korzeniów  
Gałuszowice i Kliszów  
Wielopole  
Cieszyna  
Wadowice górne  
Łowczów i Rychwałd  
Siedliszowice i Gręboszów z przy-  
legościami  
Czermna część  
Skolyszyn  
Kobyle  
Żółków  
Żarówka i Gorzejowy części  
Zabłedza  
Szarwark  
Glinik górnny  
Pleśna  
Lichwin  
Łączki

L. 2311. Edykt. (937. 1-3)

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego w Żywcu jako Sąd wzywają się poniżej mianowanymi sukcesorami, których miejsce pobytu temu Sądowi wiadomo nie jest, aby w terminie jednego roku od dnia poniżej wyrażonego rachując, w tym Sądzie się stawili i zgłoszenie swoje do spadku podali, w przeciwnym bowiem razie spadek z ustanowionymi kuratorami przeprowadzony będzie, a w szczególności:

- a. do spadku zmarłej na dniu 24 czerw. 1842 r. bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Zofii Waligóra z Sporysa powołana jest na sukcesorkę nieobecną i z miejsca pobytu niewiadoma Franciszka z Waligórow Doleżałe, dla której Paweł Haczek z Sporysa na kuratora ustanowiony został.
- b. do spadku zmarłego na dniu 25 września 1843 r. bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Wojciecha Piela z Sopotni małej powołana jest na sukcesorkę nieobecną i z miejsca pobytu niewiadoma Maryanna Piela, której Józef Fabiańczyk z Sopotni małej na kuratora ustanowiony został.
- c. do spadku zmarłego na dniu 7 marca 1858 bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Marcina Piecha z Pewli wielkiej powołany jest na sukcesora nieobecną i z miejsca pobytu niewiadom syn jego Józef Piecha, dla którego Wojciech Byrtel z Pewli wielkiej na kuratora ustanowiony został.
- d. do spadku zmarłym na dniu 11 grudnia 1851 z pozostaniem ostatniego rozporządzenia Wojciech Jakóbiec z Radzichów powołana jest na sukcesorkę nieobecną i z miejsca pobytu niewiadoma córka jego Maryanna Jakubiec, dla której Jan Pieronek z Radzichów na kuratora ustanowiony został.
- e. do spadku po zmarłym na dniu 16 czerwca 1856 r. bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Michała Dobosz z Koszarawy powołany jest na sukcesora nieobecną i z miejsca pobytu niewiadom syn jego Jan Dobosz, dla którego Józef Wilczek z Koszarawy na kuratora ustanowiony został.
- f. do spadku po zmarłym na dniu 28 marca 1858 z pozostaniem ostatniego rozporządzenia Stanisławie Dunat z Jeleśni powołani są na sukcesorów nieobecnych i z miejsca pobytu niewiadomi synowie jego Jan Dunat i Mateusz Dunat, dla których Józef Wrzeszcz z Jeleśni na kuratora ustanowiony zostało.
- g. do spadku po zmarłym w roku 1843 bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Wawrzyńcu Dybczaku z Pewli wielkiej, powołani są na sukcesorów nieobecnych i z miejsca pobytu niewiadomi wnuki jego Józef i Wojciech Dybczak z góry ojca Marcina Dybczaka, dla których Józef Byrtel z Pewli wielkiej na kuratora ustanowiony został.
- h. do spadku po zmarłym na dniu 12 stycznia 1859 r. z pozostaniem ostatniego rozporządzenia Marcinie Słowiiku z Jeleśni powołany

z l.p. i 6000 zł. wniósł pozew. W załatwieniu tegoż pozwu naznacza się do ustnej rozprawy termin sądowy na dzień 15 Grudnia 1863 r. o godzinie 10 przed południem, do którego obie strony pod rygorem prawa § 25 P. S. wzywa się z tém, aby przepis §. 23 U. S. zachowały.

Gdy miejsce pobytu pozwanych nie jest wiadome, przeto ces. król. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adwokata p. Dr. Koreckiego kuratorem nieobecnych ustanowił — z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzony będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwycz oznaczonym czasie albo sami stanęli lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili lub w reszcie innego obronięce sobie wybrali i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisać by musieli.

Kraków 13 Października 1863.

und zwar letztere zwei nach dem in der Krakauer Zeitung ersichtlichen letzten Gerüste zu erlegen ist. Falls diese Realität an obigen zwei Terminen nicht hingeggeben werden sollte, so wird zur Feststellung erleichterter Bedingungen die Tagfahrt auf den 23. Jänner 1864 um 11 Uhr Vormittags anberaumt.

Der Schätzungsact, der Grundbuchsatz und die Licitationsbedingungen können beim Gericht, der Steuerausweis beim hierortigen Steueramte eingesehen werden. Hieron werden die bekannten Gläubiger zu eigenen Händen, diejenigen, denen dieser Bescheid nicht rechtzeitig zugestellt werden könnte, oder welche nach dem 14. August 1863 an die Gewähr obiger Realität kommen würden, durch den Curator Advoat Herrn Chrler, dann die Massen Carl Augustin, Georg Barthelt, Wenzel und Paul Chamroth, Samuel Haas, Andreas Linnert, Johann und Gottlieb Mainhardt'sche Pupillen, Johann Kupp, Johann Heintzel, Caroline Willander von Lansberg, Josef Lustig, Johann und Susanna Augustin, Josef Verderber, David und Johanna Gramals, Paul Kren durch den Curator Herrn Anton Hellneffen verständigt.

Vom 1. f. Bezirksamt. Biala, am 3. October 1863.

N. 15540.

Edict.

(913. 1-3)

Vom Tarnower f. f. Kreisgerichte wird allen Denigen, denen daran gelegen, bekannt gemacht: Es sei in die Eröffnung des Concurses über das gesamte bewegliche und über das in denjenigen Kronländern, für welche die Civil-Jurisdicitionen norm v. 20. November 1852 Nr. 251 R. G. B. in Wirklichkeit steht, befindliche unbewegliche Vermögen des Saul Rappaport, Pułzawaarenträmers in Tarnow, wegen des von ihm überreichten Güterabtretungs-Gesuches gewilligt worden. — Daher wird Federmann, der an diesem Verschuldeten eine Forderung zu stellen berechtigt zu sein glaubt, erinnert, bis 31. Jänner 1864 die Anmeldung seiner Forderung in Gestalt einer förmlichen Klage wider den Vertreter des Saul Rappaportschen Curスマッハ Dr. Ab. Dr. Rosenberg, welcher auch zum einstweiligen Vermögensverwalter bestellt und dem Herrn Advokat Dr. Hoborski substituiert wurde, bei diesem Gerichte einzureichen und darin nicht nur die Richtigkeit seiner Forderung, sondern auch das Recht, kraft dessen er in dieser oder jene Classe gefestzt zu werden verlangt, zu erweisen, widrigfalls derselbe nicht mehr angehört, und derjenige, der seine Forderung bis dahin nicht angemeldet hat, in Rücksicht des gesammten in den obenannten Ländern befindlichen Vermögens des besagten Verschuldeten ohne Ausnahme auch dann abgewiesen sein soll, wenn ihm wirklich ein Compensationsrecht gebührt, wenn er auch ein eigenes Gut von der Masse zu fordern hätte, aber wenn auch seines Forderung auf ein liegendes Gut des Verschuldeten vorgerichtet wäre, daß also derselbe, wenn er etwa in die Masse schuldig sein sollte, die Schuld ungehindert des Compensations-Eigenthums oder Pfandrechtes, das ihm sonst zu Statthen gekommen wäre, abzutragen verhalten werden würde. Zugleich wird zur Wahl des definitiven Vermögensverwalters und des Creditoren-Klubsches die Tagfahrt auf den 5. Februar 1864, 4 Uhr Nachmittags hierher gesetzt angeordnet, zu welcher alle Gläubiger mit Hinweisung auf die §§. 92, 93 und 95 G. O. vorgeladen werden.

Aus dem Rath des f. f. Kreisgerichtes.

Tarnow, 21. October 1863.

N. 5106.

Edykt.

(940. 1-3)

Ces. król. Sąd obwodowy w Nowym Sączu z miejsca pobytu niewiadomemu p. Henrykowi Sławińskiemu niniejszym wiadomo czyni, że p. Ascher Eibeschütz przeciw niemu a względnie przeciw dla niego ustanowić się mającego kuratora ad actum skarże o zapłacenie sumy 23,000 zł. w. a. tytułem wartości drzewa sprzedanego na powie Tymbark Dom. 364 pag. 9 n 5 on. intabulowanego do tutejszego Sądu wniósł i że w tej sprawie do ustnej rozprawy termin na dzień 9 Grudnia 1863 r. godzinę 9tą zrana wyznaczony jest.

Ponieważ miejsce pobytu pozwanego tutejszemu Sądowi wiadomo nie jest, przeto na jego koszt i niebezpieczeństwo za kuratora Adwokat Micewski z substytutą pana Adwokata Dra. Zajkowskiego ustanowiony został, z którym wniesiona sprawa, według postępowania cywilnego dla Galicyi przepisanego przeprowadzoną będzie.

Wzywa się przeto pozwanego p. Henryk Sławiński w przynależytym czasie albo sam stanąć, albo potrzebne dokumenta ustanowionemu kuratorowi udzielić, albo też innego zastępcę sobie obrać i takowego tutejszemu sądowi oznajmić, albowiem w razie przeciwnym skutki z opieszanoi wyniknąć mogące, sam sobie przypisać będzie musiał.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Nowy Sącz, dnia 5 Października 1863.

N. 4272.

Edykt.

(932. 1-3)

Vom f. f. Bezirksamt als Gericht in Biala wird bekannt gemacht, daß zur Befriedigung den dem Emanuel Antonim Pupillen als: Salob, Rudolf und Johann Antonim im Betrage von 500 fl. GM. dann der Johann Antonim Pupillen als: Salob, Rudolf und Johann Antonim im Betrage von 500 fl. GM. dann der Johann Antonim im Betrage von 1500 fl. GM. sammt 5% Zinsen seit dem 23. November 1862, den Gerichtskosten per 8 fl. 58 fr. öst. W. den Executionskosten per 3 fl. 93 fr. öst. W. und per 41 fl. 54 fr. öst. W. gegen Herrn Johann Freudreich zuverlannten und zu ihm Gunsten ob der Realität Nr. 211 alt, 215 neu, laut Tom 19, pag. 978 bis 982 intabulierten Forderung, die executive Selbstietung der obigen, dem Herrn Johann Freudreich laut Tom 19, pag. 363 bis 367 gehörigen Realität sammt Zugehör bewilligt, und dieselbe in zwei Terminen am 19. Dezember 1863 und am 23. Jänner 1864 jedesmal um 9 Uhr Vormittags hiergerichts abgehalten werden wird.

Den Ausschlagspreis bildet der Schätzungswhert per 10892 fl. 65 fr. öst. W. Das Badium beträgt 10% d. i. 1090 fl. 65 fr. öst. W., welches vor der Selbstietung an die Licitations-tabelle dem Gesuch beizulegen. Bewerber um diese Stelle haben ihre instruirten Ge- suchs mittels ihrer vorgesetzten Behörde beim Bochniaer Magistrat zu überreichen, und darin den Geburtsort, Stand, Alter, Religion, die zurückgelegten Studien, so wie die Kenntniß der deutschen und polnischen Sprache in Wort und Schrift nachzuweisen.

Behörde Nachweisung über die bisherige Dienstleistung i. d. Ausschlagspreis bildet der Schätzungswhert per 10892 über die Fähigkeiten, Verwendung, Moralität und politische Verhaltens — ist die vorgesetzte Qualifications-tabelle dem Gesuch beizulegen.

K. f. Kreisbehörde. Krakau, den 22. October 1863.

L. 17433. Edykt. (928. 1-3)

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Magdalene z Rychterów Podoską, p. Emerycyannę Podoską i p. Rafała Podoskiego, że przeciw takowym p. Leonard Rogojski de praes. 26 Września 1863 do l. 17433 o wykrzeslenie dób Druszkowa pustego i przyległości sum 4000

in Pfandbriefen der galicyjschen ständischen Credanstalt —